

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 33/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen  
MdB warnt die Bundesre-  
gierung vor einer Benach-  
teiligung Nordrhein-West-  
falens in forschungspoli-  
tischer Hinsicht. Seite 1

Horst Sielaff MdB, Bun-  
vorsitzender des ZMO,  
plädiert für eine Reform  
der ostdeutschen Kultur-  
arbeit. Seite 3

Dokumentation  
Gerhard Schröder MdB  
über die Sozialdemokraten  
und die Karikatur: Das  
Beispiel Peter Leger.  
Seite 6

40. Jahrgang / 110

13. Juni 1985

Minister Biesenhuber wurstelt sich durch

---

Das Aus für die Spallationsneutronenquelle (SNQ) in Jülich

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB  
Mitglied im Ausschuß für Forschung und Technologie des  
Deutschen Bundestages

Die Idee wurde schon 1977 geboren: Die Bundesrepublik, die in der Teilchenphysik schon zwei bekannte Pilgerstätten aufweist - DESY in Hamburg und die Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt - sollte ein drittes Mekka erhalten. Für die Festkörperphysiker aus aller Welt und Wissenschaftler anderer Disziplinen sollte eine neuartige, extrem leistungsstarke Neutronenquelle, die SNQ errichtet werden. 1982 legte sich die Bundesregierung auf den Standort Kernforschungsanlage Jülich für ein solches Projekt fest. Jülich braucht mit Auslaufen der Hochtemperaturentwicklung mittelfristig ein neues Aufgabenprofil. Damit wurde die Entscheidung über das Projekt SNQ politisch mit der Frage der zukünftigen Struktur und Aufgabenstellung dieser größten Großforschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland verknüpft.

Schon 1983 wies ein Gutachterausschuß den Forschungsminister auf ungeklärte Fragen und Risiken des Großprojektes hin. Die geschätzten Baukosten für das Projekt betragen mittlerweile fast zwei Milliarden DM. Bis heute ist die Organisation und finanzielle Beteiligung einer internationalen Nutzergemeinschaft ungeklärt. Es muß auch die Frage gestellt werden, ob es die richtige forschungspolitische Strategie ist, in der Bundesrepublik eine derartige Konzentration von Großgeräten in der Teilchenphysik anzustreben. Es ist auch zu fragen, ob das SNQ-Projekt ein geeigneter Beitrag für die Aufgabenstellung der KFA ist, wie sie das Land Nordrhein-Westfalen von Beginn der Einrichtung an ver-



folgte: Die Kernforschungsanlage soll Grundlagenforschungseinrichtung für die nordrhein-westfälischen Hochschulen sein, aber auch Technologieentwicklung für Nordrhein-Westfalen betreiben. Unter industriepolitischen Aspekten würde der Bau einer SNQ in Jülich ein Schritt des Rückzuges der KFA von der angewandten in die Grundlagenforschung darstellen.

Wenige Wochen nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat der Staatssekretär Hauenschild in einer von der SPD-Fraktion beantragten Anhörung im Ausschuß für Forschung und Technologie das Aus für das SNQ-Projekt angekündigt und die plötzliche Entscheidung mit einer veränderten "Kosten/Nutzen-Bewertung" des Großprojektes begründet. Dies, nachdem die Bundesregierung noch im Vorjahr im Bericht zum Status und zu den Perspektiven der Großforschungseinrichtungen formuliert hatte: "Langfristig soll das Hauptinstrument der KFA - Grundlagenforschung die SNQ werden." Dies, nachdem mit Billigung des Ministers die Planungskapazitäten der KFA auf dieses Projekt gebunden wurden, so daß alternative Ziele für die Forschung an der KFA nicht näher geprüft wurden.

Wie ist der Sinneswandel von Riesenhuber zu erklären? Es drängt sich der Eindruck auf, daß der Minister nicht aufgrund einer sorgfältigen Projektbewertung entschied, sondern aufgrund der Finanzprobleme seines Haushaltes die Notbremse zog. Mit kostspieligen Forschungsprogrammen, durch die geplante Beteiligung am Columbus-Projekt der USA und anderen Weltraumprojekten, durch die Option für SDI und EUREKA ist das Geld des Forschungsministers mittelfristig schon gebunden. Die Notbremse, die Riesenhuber beim Projekt Spallationsneutronenquelle zog, enthüllt aber auch den Dilettantismus, mit dem Minister Riesenhuber Entscheidungen über Großprojekte vorbereiten läßt. Noch vor kurzem kündigte der Minister an, daß die Entscheidungen über neue Großprojekte der Forschungsförderung transparent erfolgen sollen. Künftig sollten Entscheidungen nur auf der Grundlage alternativer Projektvorschläge getroffen werden. Nach dem Scheitern des SNQ-Projektes sind mögliche Alternativen für die Aufgabenstellung der Kernforschungsanlage in Jülich jedoch Fehlanzeige. In dieser Situation ist der Forschungsminister aufgefordert, folgende Schritte zu ergreifen:

1. Unverzüglich muß das künftige Aufgabenprofil für die KFA Jülich in Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen erarbeitet werden. Den Bereichen Materialforschung, Informationstechnologie und Biotechnologie ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
2. Der im April 1984 von allen Großforschungseinrichtungen angeforderte Bericht, in dem diese ihre Planungen auf dem Gebiet technologischer Großprojekte und neuer technologischer Systeme innerhalb eines Jahres darstellen sollten, ist unverzüglich vorzulegen. Entscheidungen über die längerfristige Aufgabenstellung der Großforschungseinrichtungen sind mit Auslaufen der Entwicklung des Schnellen Brütters und des Hochtemperaturreaktors überfällig.
3. Es muß umgehend entschieden werden, ob die Bundesrepublik eine andere Art von Neutronenquelle mit geringeren Kosten für die Grundlagenforschung benötigt, oder ob der Bedarf am Hahn-Meitner-Institut in Berlin und durch Beteiligung deutscher Forschergruppen an internationalen Großgeräten gedeckt werden kann. Ist ein Bedarf vorhanden, muß ein solches Gerät in Jülich errichtet werden.
4. Der Bund muß unverzüglich mit dem Land Nordrhein-Westfalen darüber Verhandlungen aufnehmen, wie in Zukunft eine angemessene Berücksichtigung des Landes Nordrhein-Westfalen bei den Forschungsausgaben des Bundes nach Auslaufen der Schnellbrut-Reaktor- und Hochtemperatur-Entwicklung gesichert wird. Erfolgt dies nicht, ist die Entscheidung des Forschungsministers eine Entscheidung gegen das Land Nordrhein-Westfalen.

(-/13.6.1985/va/ks)

+ + +



Kein Tanzplatz für Revisionisten

Die ostdeutsche Kulturarbeit muß reformiert werden

Von Horst Sielaff MdB  
Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher

1.

Insgesamt 6.167.000 DM gab die Bundesregierung für ostdeutsche kulturelle Belange im Jahre 1983 aus; für 1984 wurden die Bundesmittel um weitere 1,84 Millionen DM erhöht - weitere Steigerungen sind zugesagt.

Mit 383.546 DM hat die Bundesregierung allein die Herausgabe von Zeitungen und Publikationen ermöglicht, darunter Blätter wie "Der Schlesier", "Pommersche Zeitung", "Ostpreußenblatt", "Sudetendeutsche Zeitung".

Die Arbeit der Schlesierjugend wird ebenfalls vom Bund besonders gefördert.

Die Förderung läuft so, wie es 1953 einmal - insbesondere im Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes, festgelegt wurde; keine Bundesregierung hat es bisher gewagt, diese Ziele neu zu überdenken. Der Abschluß der Ostverträge hatte offensichtlich keinerlei Auswirkungen auf die Förderung und Pflege ostdeutschen Kulturgutes. Die Erarbeitung der deutsch-polnischen Schulbuchkommission oder Akademietagungen von deutsch-polnischen Wissenschaftlern blieben bei der Förderung des Kulturgutes ohne jegliche Berücksichtigung. Die Ziele, die einige Funktionäre der Vertriebenenverbände mit dieser Förderung verbanden und auch heute noch verbinden, blieben bei den Verantwortlichen - auch während der sozialliberalen Regierung - bisher unbeachtet. Die Auswirkungen der Ost- und Entspannungspolitik blieben weitgehend unberücksichtigt.

Der Anfang 1985 im Schlesier geschriebene Artikel: "Nachdenken über Deutschland" eines fast 22-Jährigen, aktives Mitglied der Schlesier und Vorstandsmitglied dieser Landsmannschaft, sollte die Verantwortlichen nicht zu beschwichtigenden Gesten und einem politischen Herunterspielen führen, sondern das Nachdenken über neue Ansätze in der Förderung und Pflege des ostdeutschen Kulturgutes, der finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände und deren Jugendverbände bei allen politisch Verantwortlichen erleichtern.

Wie die Funktionäre der Vertriebenenverbände die ostdeutsche Kulturarbeit nach Paragraph 96 des BVFG mißbrauchen, mögen einige Kostproben aus Satzung und Äußerungen der Verbände veranschaulichen:

1958 stellte die Pommersche Landsmannschaft fest, daß die "ostdeutsche Kulturarbeit dem Ziel der Rückgewinnung der Heimat untergeordnet" und "Teil der Heimatpolitik" ist.

Im "Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft" vom Dezember 1961 wurde die grundsätzliche Funktion der Kulturarbeit des Verbandes erläutert: "Die Landsmannschaften sind als politische Organisation unter dem Gesetz angetreten, daß die Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete, eine Wiedergutmachung des Unrechts an 14 Millionen Deutschen ist..." Von dieser Feststellung sind die Landsmannschaften nie abgerückt.

Der damalige Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (Dr. Neuhoff am 30. April 1973 im "Deutschen Ostdienst") schrieb: "Die Vertriebenen und ihre Verbände verlagern ihre Tätigkeit verstärkt auf die Kulturarbeit; nicht zuletzt, weil dort die zweite Schlacht um den deutschen Osten stattfindet."



"Der Schlesier" berichtet am 29. Juni 1984 von einer Jubiläumsveranstaltung in Uelzen, auf der die 2. Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften, Barbara Löffke ausführte: "Die kulturelle Arbeit ist uns nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck heißt Rückkehr in die Heimat."

Nach dem Artikel "Nachdenken über Deutschland" des 22jährigen Finke, aktives Mitglied der Schlesier-Jugend, sollte allen deutlich geworden sein, wo dieses revisionistische Denken hinführen kann.

Die Pflege und Förderung ostdeutschen Kulturgutes muß dem Brückenschlag zu den Nachbarvölkern dienen. Gerade das ostdeutsche Kulturgut ist mit Geist und Kultur der Nachbarvölker Deutschlands eng verflochten - dieser Tatbestand sollte vorbehaltlos und ohne Vorurteile dargestellt werden.

Auch das Jahrtausend deutsch-polnischer Nachbarschaft ist weitaus häufiger durch eine freundschaftlich-schöpferische Symbiose als durch rivalisierende Gegensätze oder Feindschaften gekennzeichnet.

Grundlage dieser Darstellung könnten zum Beispiel die erarbeiteten Richtlinien der deutsch-polnischen Schulbuchkommission sein.

Die Pflege des Kulturgutes aus den früheren deutschen Gebieten muß eindeutig und klar im Sinne der Ostverträge und der Entspannungspolitik geschehen und soll der Versöhnung zwischen den Völkern dienen.

Nicht der einheitliche Geschichtsprozeß in national gesonderte Abschnitte, sondern die Ganzheit der Entwicklung Schlesiens, Pommerns und Preußens muß daher Grundlage der Förderung der Kulturarbeit sein. Die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, die Vergangenheit sowohl des polnischen als auch des deutschen Elements sollen dabei dargestellt werden, wie es bereits 1950 auf der Konferenz der polnischen Historiker in Breslau von polnischer Seite formuliert wurde. Trotz wechselhaftem und leidvollem Gegeneinander in manchen Epochen der Geschichte ist das Gemeinsame oft greifbarer als bei uns vermutet wird; insofern könnte der kulturelle Faktor und die Pflege des Kulturgutes aus den früheren deutschen Gebieten durchaus verstärkt zum positiven Bindeglied zwischen Deutschland und den ost- und südosteuropäischen Staaten werden.

Verbände und Einrichtungen, die nicht auf dem Boden der abgeschlossenen Ostverträge und im Geist der Völkerverständigung und der Aussöhnungspolitik mit den ost- und südosteuropäischen Staaten ihre Arbeit betreiben, sind daher von der Förderung durch die Bundesregierung auszuschließen.

Nicht zu fördern sind deshalb Massenveranstaltungen und Medien, die revisionistische Tendenzen fördern oder gar verbreiten.



## II.

"Eingedenk der Vorzüge und des Wertes jeder Kultur"<sup>2</sup> ist auch das ostdeutsche Kulturgut zu pflegen und zu fördern, denn "kein Volk weiß, wohin es geht, wenn es nicht weiß, woher es kommt."<sup>3</sup> Und "kein Volk kann und darf sich aus seiner Geschichte und Kultur stellen".<sup>3</sup>

Da gerade das ostdeutsche Kulturgut eng mit Geist und Kultur der Nachbarvölker verflochten ist, hat die Pflege dieses Kulturgutes die besondere Verpflichtung, das Gemeinsame, Versöhnende und die wechselseitige Beeinflussung der Kulturen in den früheren deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze darzustellen.

Dort, wo es möglich ist, sollte das ostdeutsche Kulturgut vorrangig am Entstehungsort erhalten, bewahrt und gefördert werden. Nur wo das nicht möglich ist, sollen in der Bundesrepublik Deutschland Möglichkeiten geschaffen werden, dieses Kulturgut in seinen vielfältigen Verflechtungen und mit seinen gegenseitigen Beeinflussungen darzustellen, zu pflegen und zu fördern.

Die Pflege und Darstellung dieses Kulturgutes sollte dann aber zentral und überregional und nicht in vielen einzelnen sogenannten ostdeutschen Museen geschehen. Im einzelnen ist es dringend notwendig, daß

- ein Kulturabkommen mit der DDR abgeschlossen wird, um die Einheit der deutschen Kultur zu bewahren.
- Der deutsch-polnische Kulturaustausch verstärkt und intensiviert wird (deutsch-polnische Schulbuchkonferenz).
- Der deutsch-sowjetische Kulturaustausch - auch im Interesse von Millionen Deutschen in der UdSSR - gefördert wird.
- Der deutsch-rumänische Kulturaustausch verstärkt gefördert wird.
- Möglichkeiten genutzt werden, die Arbeit des Demokratischen Verbandes der Ungarndeutschen in Budapest zu unterstützen.

Da die Pflege der kulturellen Werte der Deutschen aus Ost- und Südosteuropa Sache der gesamten deutschen Nation und nicht nur Aufgabe von einzelnen Landsmannschaften oder Vertriebenenorganisationen sein kann, sollte die institutionelle Förderung auf die Projektförderung umgestellt werden.

(-/13.6.1985/va/ks)

2 KSZE-Akte von 1973

3 Kulturheft Nr. 1 der SPD-Fraktion

+ + +



**DOKUMENTATION**  
=====

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder hat kürzlich den Karikaturisten Peter Leger in Hannover gewürdigt. Die Rede des Spitzenkandidaten der SPD im niedersächsischen Landtagswahlkampf in Auszügen:

Jeder, der schon einmal eine Zeitung gemacht hat, kennt den Spruch beim Umbruch: "Nehmen wir noch eine Karikatur mit rein, das lockert auf."

Zwischen den Bleiwüsten auf der einen Seite und den sich gegenseitig beglückwünschenden Politikern auf der anderen also die Auflockerung. Ist das die Funktion der Karikatur in unserer Presse? - Nein.

Politische Karikatur, wie wir ihr in Zeitungen und Magazinen begegnen bewegt sich zwischen Aufklärung, Kunst und Agitation. Und zum Wesen dieser Karikatur gehört offensichtlich die persönliche Handschrift des Karikaturisten. Seine Feder prägt das Erscheinungsbild der Zeitung manchmal stärker als viele Leitartikel, als Titel oder Aufmachung. So mancher Leser würde verwirrt in der Zeitung herumsuchen, wenn das magische Viereck seines Karikaturisten einmal fehlt oder, was fast noch schlimmer ist, durch das Werk eines Kollegen ersetzt wurde.

Über Karikaturen darf man lachen. Das kann auch ein böses, grimmiges Lachen sein, wenn's das Thema erfordert. Über Karikaturen - und das ist das Elend des Politikers - muß man lachen, wenn man selbst betroffen ist. Das ist das Elend dieser Kunstform, Ereignisse zu kommentieren. Ihre Übertreibung, ihre Konzentration auf Wesentliches, verbietet verbindliche Schnörkel und Gegensätze, entschuldigendes "aber so schlimm ist es sicher auch nicht". Das finden wir immer dann gut, wenn's auf den politischen Gegner geht. Und dann kann man sicher auch herzhaft lachen. Ist man selbst betroffen, dann ist man als junger Spitzenkandidat erstmal froh, daß man karikaturwürdig geworden ist. Dann mäkelt man zu Hause noch rum, ob man mit dem neuen dahingestrichelten Profil zufrieden sein soll, oder ob es nicht noch etwas vorteilhafter - bei aller Kritik - werden könnte. Aber irgendwann kommt garantiert die Zeit, da meint man, nun sei es aber doch etwas überzogen. Und lächelt dann doch, weil die anderen zusehen, ob man souverän genug ist und Humor hat. Und soviel Humor wollen wir Sozialdemokraten immer haben.

Aufklärung, Kunst und Agitation haben mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und mit der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei viel zu tun. Das Jahrhunderte alte Instrument, Mitteilungen durch kleine Bildchen, Karikaturen, in einer Umwelt von Analphabeten zu vermitteln und damit gleichzeitig zu kommentieren, war eine Waffe, die Notwehr der Unterdrückten. "Ohne Worte" mußte es gehen, wenn das Publikum erreicht werden sollte. Und so unterscheidet sich die Karikatur durch eben jene Konzentration auf wesentliche Informationen, auf das Herauszeichnen des Typischen dadurch, daß es überzeichnet wird, von der simplen Witzzeichnung oder schön gemalten Strichzeichnungen, die allenfalls einer gewissen Ästhetik gerecht werden können, aber als journalistisches oder politisches Medium keine Rolle spielen.



Peter Leger, dessen Arbeiten hier ausgestellt sind, ist unter den Karikaturisten sicherlich ein Meister im Weglassen. Es gibt Karikaturen, die mit flüchtigerem Strich gezeichnet sind, Karikaturen, deren Figuren deftiger oder eleganter hingeworden wirken. Aber es sind wohl gerade diese vielleicht eher dröge wirkenden Typisierungen, von so manchem Bayern als typisch niedersächsisch diffamiert, die die Karikaturen von Peter Leger in einer Weise auf den politischen Punkt bringen, den viele seiner Kollegen mit erheblich größerem Aufwand treffsicher verpassen.

Peter Leger gehört einer journalistischen Zunft an, die sich gegenüber Sozialdemokraten besonders widerstandsfähig erwiesen hat: Aus der Geschichte der sozialdemokratischen Presse sind mir viele Fälle bekannt, in denen Journalisten wegen ihrer kritischen Kommentare zur eigenen Partei in Schwierigkeiten geraten sind, ganze Blätter sind erst in den Zustand der Langeweile versetzt worden und dann verschwunden. Die Karikaturisten haben uns überstanden. Und wir Sozialdemokraten sollten das Selbstbewußtsein und das Maß an Fähigkeit zur Selbstkritik entwickeln, das wir über ihre Karikaturen auch dann lachen können, wenn sie uns betreffen.

Daß solche Kritik in der Regel äußerst konstruktiv ist, zeigt das Werk von Peter Leger. Seine Grundposition als Journalist, der sich der Arbeiterbewegung zugehörig fühlt, ist in all seinen Arbeiten unbestritten erkennbar. So ist es auch kein Zufall, daß er seit mehr als 30 Jahren für die Gewerkschafts-  
presse arbeitet, daß er Positionen bezieht. Daß solche Positionen am besten dadurch bezogen werden, daß nicht ein Klischee auf das andere gehäufelt wird, sondern daß aus der Position der Unabhängigkeit und der Souveränität Engagement gezeigt wird, dies kennzeichnet das Werk Peter Legers.

(-/13.6.1985/va/ks)

+ + +

